

# CVP-Kandidaten formieren sich

Nationalrat Elisabeth Schneider benötigt zur Wiederwahl eine starke Liste. Die bz nennt Namen

VON MICHAEL NITTAUS

Elisabeth Schneider-Schneiter weiss: «Wenn ich mit schwachen Mitkandidaten auf einer Liste antrete, verliere auch ich.» Die Nationalrätin, die am 18. Oktober wiedergewählt werden will, hat daher ein grosses Interesse daran, dass die Siebenerliste der Baselbieter CVP mit starken Persönlichkeiten aufwartet. Deshalb begrüsst die Biel-Benkemerin, dass sich Remo Franz eine Kandidatur überlegt. Darüber berichtete die «Basler Zeitung». Der Verwaltungsratspräsident der Aescher Baufirma Rofra AG und langjährige Landrat (1995-2007) wäre als lokaler Unternehmer tatsächlich ein wertvoller Kandidat. «Er würde als Gewerbetätiger Stimmen holen, die ich nicht hole», sagt Schneider zur bz. Dass Franz zur Konkurrenz für sie werden könnte, nimmt die Amtsinhaberin in Kauf: «Bei Proporz-Wahlen ist Egoismus ein schlechter Ratgeber.» Noch hat sich Franz, der von CVP-Präsident Marc Scherrer angefragt worden ist, aber nicht entschieden.

## Einige Profilierte sagen ab

Viel Zeit bleibt nicht mehr: Die CVP entscheidet am Parteitag vom 16. Juni, mit welchen sieben Kandidierenden sie antreten wird. Der Parteivorstand wird der Basis wenn möglich genau sieben Namen zur Wahl vorlegen. «Wir wollen keine interne Kampfwahl, da es sonst für die Unterlegenen unangenehm sein könnte», sagt Schneider. Konkrete Namen nennen weder sie noch Scherrer. Recherchen der bz ergeben aber, dass neben Schneider und Franz mindestens fünf CVPler von ihren Ortssektionen portiert wurden. Es sind dies:

- Alexander Imhof, Stadtpräsident Laufen, Jahrgang 1964
- Emanuel Trueb, Gemeinderat Pratteln, Jg. 1961
- Philippe Hofmann, Einwohnerrat Allschwil, Jg. 1980
- Franziska Stadelmann, Gemeinderätin MuttENZ, Jg. 1960
- Béatrix von Sury d'Aspremont, Gemeinderätin Reinach, Jg. 1961

Es ist nicht ausgeschlossen, dass noch weitere Kandidaturen zustande kommen. Auf Anfrage sagen allerdings auch einige profilierte Köpfe ab: So etwa die Landräte Felix Keller aus Allschwil und Sabrina Corvini-Mohn aus Pfeffingen. Sie wollen sich auf das Kantonsparlament, den Beruf und die Familie konzentrieren. «Zum jetzigen Zeitpunkt kommentiere ich noch keine Namen», lässt sich Scherrer trocken zitieren. Die frühere Parteipräsidentin Corvini-Mohn, die bei den Nationalrats-



CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider erhält parteiinterne Konkurrenz. ARCHIV/KEN

wahlen angetreten war, hält aber zufrieden fest: «Es ist ein gutes Zeichen, dass wir dieses Mal keine Mühe haben, überhaupt sieben Kandidaten zu finden. Das war vor vier Jahren anders.»

Doch wie stark ist diese Liste wirklich? Mit Trueb und Stadelmann wollen zwei nochmals antreten, die es schon 2011 versucht hatten. Trueb, der Leiter der Basler Stadtgärtnerei, wurde auf der CVP-Liste mit rund 5000 Stimmen Vierter und Drogistin Stadelmann mit

4200 Sechste. Zum Vergleich: Schneider holte fast 16 000 Stimmen. «Ich werde auch dieses Mal nicht in Bern landen», ist sich Trueb bewusst. Ihm gehe es aber um die Unterstützung von Schneider. Zudem könne er sich durch im Hinblick auf die kommunalen Wahlen 2016 in Pratteln zeigen.

Der Laufener Stadtpräsident Imhof gibt sich da kämpferischer: «Ich bin sicher kein Lückenfüller, sondern werde für ein gutes Resultat Gas geben.» Poli-

ker wie er mit Exekutivverfahren könne es in Bern brauchen. Tatsächlich hätte die CVP Imhof gerne auch schon ins Landratsrennen Anfang Jahr geschickt, wozu es aber nicht kam. Nun nimmt er den Platz des Laufentaler Kandidaten ein. Hier hätte es mit Parteipräsident Scherrer oder dem künftigen Landratspräsidenten Franz Meyer noch weitere Stimmengaranten gegeben. Beide wollen sich aber auf ihre bisherigen Ämter konzentrieren. Scherrer sitzt zudem ab Sommer neu auch im Landrat.

## Remo Franz irritiert viele

Béatrix von Sury d'Aspremont ist zwar «nur» Vizegemeindepäsidentin von Reinach, aber mittlerweile auch Vizepräsidentin der Kantonalpartei. Zudem erzielte sie bei den Landratswahlen in ihrem Wahlkreis in der CVP hinter Sabrina Corvini am zweitmeisten Stimmen, auch wenn dies letztlich nicht zur Wahl reichte. Mit Philippe Hofmann schafft es aller Voraussicht nach auch ein deutlich jüngerer Jahrgang auf die Liste. Felix Keller betont denn auch: «Es ist gut, wenn wir diesen Jungen pushen.» Und Hofmann pusht, wollte er doch bereits 2010 in den Allschwiler Gemeinderat und dieses Jahr in den Landrat. Beides blieb ihm verwehrt.

So muss festgehalten werden: Neben Imhof dürfte tatsächlich Remo Franz - sofern er denn will - der zugkräftigste der Kandidaten sein, die Schneider flankieren. Er steht für einen dezidierten Mitte-Rechts-Kurs ein. Gemäss «BaZ»

## «Bei Proporz-Wahlen ist Egoismus ein schlechter Ratgeber.»

Elisabeth Schneider-Schneiter  
Baselbieter CVP-Nationalrätin

wird er am Parteitag versuchen, die vom Vorstand bevorzugte Listenverbindung mit BDP und GLP zugunsten einer mit FDP und SVP zu kippen. Das irritiert mehrere von der bz befragte CVPler. «Damit würden wir wahrscheinlich unseren Sitz an die SVP oder FDP verlieren. Ich weiss nicht, warum wir das riskieren sollten», sagt etwa Keller. Auch Scherrer gewichtet als Parteipräsident die Sitzsicherung stark. Franz dürfte mit seinem Anliegen allerdings Schiffbruch erleiden: Zumindest die SVP liess bereits durchblicken, dass sie für die Nationalratswahlen gar keine Listenverbindung mit der CVP mehr anstrebt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass sie Fusionsbefürworterin Schneider unter keinen Umständen unterstützen möchte.

## Steigende Spitalkosten Finanzkommission übt heftige Kritik

Die Finanzkommission des Baselbieter Landrats kritisiert die stark steigenden Spitalkosten in scharfen Worten. Die Budgetabweichungen von 42 Millionen Franken übersteige das Mass normaler Schwankungen. Die Situation bei den Spitalkosten sei inakzeptabel.

In ihrem gestern veröffentlichten Kommentar zur Jahresrechnung 2014 des Kantons schreibt die Kommission, es sei «erschütternd», dass die von ihr verlangte externe Sonderprüfung «derart falsche Ergebnisse geliefert hat». Die Spitalkosten stiegen gegenüber dem Vorjahr um 7,6 Prozent auf 355,6 Millionen Franken. Die Kommission geht davon aus, dass auch im Budget 2015 die Spitalkosten um rund 30 Millionen zu tief veranschlagt wurden. Über die Gründe für die Kostenentwicklung bestehe grosse Unsicherheit.

Die Finanzkommission wünscht ein quartalsweises Reporting der Spitalvergiftungen. Ausserdem verlangt sie von der Regierung, bis September ein griffiges Controlling-Konzept zu den Spitalkosten auszuarbeiten. Besorgt ist die Kommission auch über ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Preisfestsetzung der Fallpauschalen beim Kantonsspital. Die Rechnung 2014 des Kantons hat mit einem Minus von 121 Millionen Franken abgeschlossen. (SDA)

## NACHRICHTEN

### MUTTENZ

#### Drei Verletzte bei Zusammenstoss auf A2

Bei einer Auffahrkollision auf der Autobahn A2 in MuttENZ haben sich am Donnerstag drei Personen Verletzungen zugezogen. Sie wurden zur Kontrolle ins Spital gebracht, wie die Baselbieter Polizei gestern mitteilte. In den Unfall waren vier Fahrzeuge verwickelt. Gekracht hatte es kurz vor 16 Uhr bei der Ausfahrt MuttENZ/Delsberg in Fahrtrichtung Bern/Luzern, als eine Autolenkerin wegen stockenden Verkehrs stark abbremsete. (SDA)

### BENNWIL

#### Töfffahrer kollidiert frontal mit Auto

Bei einem Frontalzusammenstoss zwischen einem Auto und einem Motorrad bei Bennwil ist am Donnerstagabend der 18-jährige Motorradfahrer verletzt worden. Er musste ins Spital gebracht werden. Der Autofahrer blieb unverletzt. Der Autolenker war auf der Verbindungsstrasse zwischen Bennwil und Oberdorf «leicht in der Mitte der Fahrbahn» unterwegs, wie die Baselbieter Polizei gestern mitteilte. Zur Frontalkollision sei es gekommen, weil der entgegenkommende Motorradfahrer «ebenfalls nicht komplett auf der rechten Seite fuhr». (SDA)

### REGIERUNGSKONFERENZ

#### Esther Gassler ist neue Präsidentin

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz versammelte sich zu ihrer 70. Plenarversammlung in Saignelégier JU. Schwerpunktthema war die Frankenstärke und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft der Nordwestschweiz. Juras Regierungsrätin Elisabeth Baume-Schneider beendet mit dieser Plenarversammlung ihr Präsidium. Sie zog eine positive Bilanz und übergab den Stab an die Solothurner Regierungsrätin Esther Gassler. (BZ)

### ORMALINGEN

#### Zentrum Ergolz jubiliert mit Sommerfest

Das Zentrum Ergolz in Ormingen feiert heuer sein 20-Jahr-Jubiläum und lädt aus diesem Anlass morgen Sonntag zum Sommerfest mit Brunch. Gleichzeitig findet ein Tag der offenen Tür mit Attraktionen statt. Die Stiftung wurde bereits 1991 von 14 Gemeinden gegründet unter dem Namen Regionales Alters- und Pflegeheim Ergolz. (BZ)

## MIT ANDEREN AUGEN Wie gefährlich ist das angedachte neue Lohngesetz für Staatsangestellte?

# Alles andere führt zum Kollaps

Der Kanton Baselstadt möchte weiter sparen. Da wird das Personal nicht ausgenommen. Es gibt zwei Möglichkeiten. Erstens: Der Staat verringert die Anzahl Angestellter, verbunden mit dem Abbau von Leistungen. Zweitens: Der Staat kürzt allen Mitarbeitenden einen Teil ihres Lohns.

Der Kanton muss sparen. Er gibt mehr aus, als er einnimmt. Das ist ein strukturelles Problem. Wenn wir wüssten, dass der Staat in ein paar Jahren wieder finanziell gesund da steht, so könnte man den Staatsangestellten ein ausserordentliches Opfer abverlangen, um die Durststrecke zu überbrücken. Die Realität ist freilich eine andere. Wie aus dem Demografiebericht hervorgeht, wird der Kanton bald solche Kostensteigerungen in der Altersversorgung aufweisen, dass das jetzige Defizit rückblickend als Kleinvielh angesehen werden wird. Eine Lohnsenkung beim Personal ist also keine kurzfristige Lösung, um eine Durststrecke zu überbrücken, sondern eine Dauerlösung. Damit wird der Staat aber als Arbeitgeber wesentlich unattraktiver. Zudem demotiviert der Staat seine bisherigen Mitarbeiter, was meistens zu schlechteren Leistungen führt. Für Politiker ist die ein-



## Herman Steenhof «Die Defizite kriegen wir durch Wachstum nicht mehr weg.»

Herman Steenhof ist Unternehmensberater, Vater von sechs Kindern und scharfer Beobachter der Baselbieter Politik. Er lebt in Sissach. Seine Ansichten müssen sich nicht mit jenen der Redaktion decken.

fachste Lösung, linear zu kürzen. Jedem ein bisschen wegnehmen. Das gibt auch tolle Parolen: «Wir müssen nun alle den Gürtel enger schnallen!» Für einen Staat ist es langfristig aber die falsche Taktik. Die Einwohner haben dem Staat etwas Ausserordentliches anvertraut: das Machtmonopol. Der Staat kann es durchsetzen, Widerstand des einzelnen Bürgers ist sinnlos. Daher müssen die Leistungen, die der Staat erbringt, über jeden Verdacht erhaben sein. Wenn die Bevölkerung den Eindruck erhält, dass nicht alle gleich behandelt werden, oder der Staat Fehler macht, dann wird sie ungemütlich. Gute, motivierte Staatsangestellte sind daher ein Muss.

Für den Politiker sind das strukturelle Defizit und die Finanzprobleme der Zukunft, die der Demografiebericht ankündigt, ein Horror. Er kann nicht mehr darauf hoffen, dass die Probleme durch Wirtschaftswachstum von selber verschwinden. Der Politiker muss aber auch akzeptieren, dass ein Staat ohne motivierte Angestellte über kurz oder lang untergeht. Sei es durch Schlamperie, Unwissen, Zeitnot oder innere Kündigungen. Die benötigte Arbeitsleistung für eine gut funktionierende Verwaltung wird von

den Mitarbeitenden schlicht nicht mehr erbracht.

Derzeit wird in Baselstadt über ein neues Lohngesetz für Staatsangestellte nachgedacht. Dabei sollen generelle Lohnsenkungen vereinfacht werden. Dies wird durch ebendiese linearen Kürzungen ermöglicht, der Traum der Politiker. Die Regierungsräte sollen nun über ihren Schatten springen. Sie sollen der Bevölkerung von Baselstadt reinen Wein einschenken. Die Defizite kriegen wir durch Wachstum nicht mehr weg. Die demografische Entwicklung wird sogar Zusatzdefizite verursachen.

Trotzdem brauchen wir weiterhin motivierte Mitarbeitende. Wir werden daher verzichten, die Löhne linear zu senken. Wir werden dafür aber Leistungen aufgeben müssen. Der Staat zieht sich zurück. Er macht nur noch das, was er muss, weil er nicht mehr finanzieren kann. Nur so können wir den Staat erhalten, alles andere führt zum Kollaps. Selbst wenn die Direktionsvorsteher für Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Strassenbau noch immer lieber teure Projekte vorstellen, Fachstellen errichten, neue Schulen, Spitäler und Strassen bauen wollen.